



### Erste wichtige Projekte wurden auf den Weg gebracht

Erste wichtige Projekte wurden in 100 Tagen Rot-Rot-Grün durch die Regierungskoalitionen im Thüringer Landtag auf den Weg gebracht oder sind bereits beschlossen.

Dazu gehört ein Kommunalfinanzierungsgesetz, mit dem die Thüringer Kommunen in diesem Jahr insgesamt 232 Millionen Euro mehr erhalten als im Jahr 2014. Beispielsweise werden den Landkreisen und kreisfreien Städten 30 Millionen Euro als Investitionspauschale für ihre Schulen zur Verfügung gestellt. Damit können dringende Investitionen an Schulgebäuden realisiert werden.

Ebenfalls in erster Beratung wurden zwei weitere wichtige Gesetzentwürfe der Fraktionen von Rot-Rot-Grün im Landtag debattiert: Das Gesetz zur Aufhebung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes und das Gesetz über das Verbot von Funktionszulagen aus Fraktionsgeldern (wie dies noch bis vor kurzem die CDU-Fraktion praktizierte). Beschlossen wurde die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses, um die Aufklärung der Verbrechen des NSU und der Verantwortung der Behörden fortzusetzen und voranzutreiben. Die Konstituierung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses soll noch vor Ostern erfolgen.

„Wir machen Thüringen demokratischer, sozialer und ökologischer – wir bringen das Land voran“, betonte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag und Vorsitzende der Landespartei. ■

## Für Flüchtlingsschutz, gegen Dublin-III-Verordnung

**Online und per Unterschriftensammlung beteiligt sich die Linksfraktion im Thüringer Landtag an der von Pro Asyl initiierten Kampagne für die Abschaffung der Dublin-III-Verordnung.**

„Flüchtlinge dürfen nicht gezwungen sein, in Haftlagern, Elendsquartieren oder obdachlos auf der Straße während des Asylverfahrens einen ständigen Überlebenskampf führen zu müssen. Daher lehnen wir das unsolidarische europäische Dublin-System ab und setzen uns für dessen Abschaffung ein“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin und Parteivorsitzende in Thüringen.

Die Dublin-III-Verordnung regelt, dass für das Asylverfahren der Staat zuständig ist, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. „Damit macht man Europa zu einem Verschiebeparkplatz, bei dem weder die Situation der Menschen eine Rolle spielt, noch die Aufnahmefähigkeit der für das Asylverfahren zuständigen Länder“, kritisierte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion, Sabine Berninger. Dadurch werde der Druck auf Länder an den EU-Außengrenzen immer mehr erhöht, Flüchtlinge abzuwehren. „Dies geschieht auf dem Rücken der schutzsuchenden Menschen“, so die Abgeordnete weiter. Die Thüringer Linksfraktion hatte mit einer symbolischen Aktion nach ihrer Fraktionssitzung

am 11. März die Kampagne „Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III“ unterstützt. „Wir wollen damit zugleich die vielen engagierten Menschen stärken, die sich, wie mehrfach in Erfurt, gegen so genannte Rücküberstellungen einsetzen.“

Erst in der Nacht zuvor hatten erneut Menschen in Erfurt gegen die Abschiebung eines jungen Mannes aus Eritrea demonstriert. „Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen,

gend verändert werden. Derjenige Staat sollte für ein Asylverfahren zuständig sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Dieses Prinzip der freien Wahl des Asylortes ist auf EU-Ebene rechtlich zu verankern. Etwaige Ungleichgewichte können durch Finanzmittel ausgeglichen werden. Flüchtlinge mit einem Flüchtlings- oder subsidiären Schutzstatus müssen nach Abschluss des Asylverfahrens wie Unionsbürger mit



die Abschiebungen blockieren oder durch die Gewährung und Unterstützung von Kirchenasylen dafür sorgen, dass Flüchtlinge bleiben können“, erklärten Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger.

Im Appell von Pro Asyl heißt es u.a.: „Die bislang lediglich technokratischen Zuständigkeitsregelungen des Dublin-Systems müssen grund-

dem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ausgestattet werden, damit sie sich überall in der Europäischen Union niederlassen können. Die Bundesregierung muss eine entsprechende politische Initiative auf EU-Ebene einbringen!“

Der Appell sowie Unterschriftenlisten zum Download unter:

[www.wir-treten-ein.de](http://www.wir-treten-ein.de) ■

## Sprecherfunktionen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

**Berninger, Sabine:** Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik

**Bleischmidt, André:** Parlamentarischer Geschäftsführer, Medienpolitischer Sprecher

**Dittes, Steffen:** Innenpolitischer Sprecher

**Engel, Kati:** Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik

**Harzer, Steffen:** Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung

**Hausold, Dieter:** Wirtschaftspolitischer Sprecher

**Hennig-Wellsow, Susanne:** Fraktionsvorsitzende

**Huster, Mike:** Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher



**Jung, Margit:** Landtags-Vizepräsidentin, familienpolitische Sprecherin  
**Kalich, Ralf:** Sprecher für Kommunal Finanzen

**König, Katharina:** Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz

**Korschewsky, Knut:** Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher

**Kräuter, Rainer:** Gewerkschaftspolitischer Sprecher

**Kubitzki, Jörg:** Gesundheits- und Europapolitischer Sprecher

**Kummer, Tilo:** Sprecher für Umwelt und Forsten

**Kuschel, Frank:** Kommunalpolitischer Sprecher

**Leukefeld, Ina:** Sprecherin für Arbeitspolitik

**Lukasch, Ute:** Wohnungspoliti-

sche Sprecherin

**Lukin, Dr. Gudrun:** Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur

**Mitteldorf, Katja:** Stellv. Fraktionsvorsitzende, Kulturpolitische und Religionspolitische Sprecherin

**Müller, Anja:** Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung

**Schaft, Christian:** Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher

**Scheringer-Wright, Dr. Johanna:** Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung

**Skibbe, Diana:** Sprecherin für Verbraucherschutz

**Stange, Karola:** Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik

**Wolf, Torsten:** Bildungspolitischer Sprecher